



BESCHLUSSPROTOKOLL DER DELEGIERTEN- VERSAMMLUNG DER GRÜNEN SCHWEIZ VOM 23. JANUAR 2021

ONLINE, 10.30-16.15 UHR

Tagespräsident: Balthasar Glättli (Präsident der GRÜNEN Schweiz, Nationalrat ZH)

Entschuldigungen: Manuela Weichelt-Picard (Nationalrätin ZG) und Weitere.

BEGRÜSSUNG

Balthasar Glättli (Präsident der GRÜNEN Schweiz und Nationalrat ZH) eröffnet die Delegiertenversammlung um 10.30 Uhr und gibt praktische Hinweise für die Online-DV.

*Zu Stimmzählerinnen ernannt werden: Rahel Estermann, Maja Haus, Natalina Töndury. Die Versammlung zählt circa 180 Teilnehmer*innen.*

GRUSSBOTSCHAFT

Magali di Marco (Regierungsratskandidatin VS) begrüsst die Delegierten. 2021 ist ein Wahljahr für den Kanton Wallis. Die GRÜNEN kandidieren mit zwei Kandidierenden für den Regierungsrat und für das Parlament mit einer grünen Liste. Mit dem zunehmend sichtbaren Klimawandel und dem Potential des Kantons für nachhaltige Energie steht viel auf dem Spiel und die Kampagne ist in vollem Gange.

PRÄSIDIALREDE

Balthasar Glättli (Präsident der GRÜNEN Schweiz, Nationalrat ZH) erinnert an den Ausgangspunkt seines Engagements bei den GRÜNEN, welcher immer noch aktuell ist: Die Idee, die Konsumgesellschaft, in der der Mensch über seinen Besitz definiert wird, in eine ökologischere, freiere und solidarischere Gesellschaft umzuwandeln. Die Schweiz hat noch keine vollständige Strategie, um die aktuelle Pandemie zu meistern und eine grünere und sozialere Zukunft zu garantieren. Es ist die Verantwortung der GRÜNEN, einen Plan für die Rahmenbedingungen zu schaffen, welche ermöglichen, anders und besser zu leben, sowie unsere Ressourcen zu respektieren und die grundlegenden Freiheiten für uns alle zu garantieren. Es ist höchste Zeit, unsere Gesellschaft und Wirtschaft nachhaltig zu verändern. (Rede)

SCHWERPUNKT « KLIMA »

KLIMAPLAN

Delphine Klopfenstein Broggin (Nationalrätin GE, Mitglied der UREK-N) und Bastien Girod (Nationalrat ZH, Präsident der UREK-N) präsentieren die groben Linien des Klimaplanes. Die erste Version vom August 2020 wurde nach diversen internen und externen Inputs überarbeitet. Die überarbeitete Version wurde anschliessend mit den Jungen Grünen, der grünen Fraktion, der Geschäftsleitung und verschiedenen Wissenschaftler*innen diskutiert, was zur vorliegenden Version führte.

Der Plan hat drei Ziele: Die CO₂-Neutralität bis 2030, bis 2040 auch ausserhalb des Landes und somit schliesslich eine positive CO₂-Bilanz nach 2040. Er bietet einen Fahrplan auf politischer

Ebene, um die Wirtschaft und die Gesellschaft tiefgründig zu verändern. Positionspapiere, welche bereits redigiert sind oder in Bearbeitung, komplettieren den Plan (Landwirtschaft, Verkehr, Green New Deal, usw.).

Zwischen dem Klimaplan der Jungen Grünen und der vorliegenden Version des Klimaplanes der GRÜNEN Schweiz gibt es viele Ähnlichkeiten. Der vorliegende Plan richtet sich jedoch nach dem Jahr 2040 und nicht nach dem Jahr 2030, weil uns letzteres unmöglich erscheint.

Ablauf: Delphine Klopfenstein Broggini moderiert. Es gibt fast 80 Anträge. Zuerst werden drei allgemeine Anträge behandelt, anschliessend die inhaltlichen Anträge. Anträge, die von der Geschäftsleitung bewilligt wurden oder nur redaktionell sind, werden nicht automatisch zur Abstimmung gestellt, sondern nur auf Antrag der Delegierten. Ansonsten gilt der Vorschlag der Geschäftsleitung als angenommen.

Bei den anderen Anträgen bekommt der*die Verfasser*in das Wort zum Vorschlag der Geschäftsleitung, darauf folgt die Diskussion und die Abstimmung.

Die redaktionellen Änderungen sind am Ende des Dokuments aufgeführt.

Beschlüsse der Versammlung und Vorschläge für Änderungen: Die Teilnehmer*innen werden an die Abstimmungsprozedur erinnert und die Screenshots der Abstimmungen werden archiviert.

Allgemeine Anträge:

Nach mehreren Wortmeldungen wird über die drei allgemeinen Anträge A01, A02 und A03 separat abgestimmt.

- Antrag A01: Diskussion und Abstimmung

Abstimmung über Antrag A01: abgelehnt mit 98 Nein-Stimmen, bei 45 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen

- Antrag A02: Diskussion und Abstimmung

Abstimmung über Antrag A02: abgelehnt von einer grossen Mehrheit

Daniel Wiener (BS) beantragt Abstimmung über einen Zusatzantrag, welcher den Text von A02 übernimmt aber mit der Frist 2040, um die internen Emissionen um 100% zu senken.

Abstimmung über Zusatzantrag Wiener A02a: Angenommen

- Antrag A03: Diskussion und Abstimmung

Abstimmung über Antrag A03: Abgelehnt mit 79 Nein-Stimmen, bei 56 Ja-Stimmen und 20 Enthaltungen

Spontanantrag Dominik Waser (JG, ZH). Laut Statuten muss dieser Antrag in beiden Sprachen verfasst sein und die Delegiertenversammlung muss sich damit einverstanden erklären, darüber abzustimmen.

Abstimmung über die Möglichkeit über den spontanen Antrag von Dominik Waser abzustimmen: Angenommen. Der Antrag wird verfasst und wird später zur Abstimmung vorgelegt, siehe unten im Protokoll (*)

Andere inhaltliche Anträge:

- Antrag A04: Die Geschäftsleitung schlägt vor, den Antrag abzulehnen und ihren Gegenvorschlag anzunehmen.

Abstimmung über den Gegenvorschlag der Geschäftsleitung für den A04: Der Gegenvorschlag wird angenommen.

Die Anträge A05 und A06 werden von der Geschäftsleitung genehmigt und werden ohne Abstimmung angenommen.

- Anträge A07 und A08: Die Geschäftsleitung schlägt zwei Abstimmungen vor: Zuerst eine neue Formulierung von A07 ohne Datum, dann das Festlegen eines Datums gemäss A08, für welchen dann bei Ablehnung A07 in Kraft tritt.

Abstimmung über die Umformulierung von A07 ohne Datum: Genehmigt.
Abstimmung über das Datum 2025, welches in den Text von A07 integriert wird und A08 ersetzt: Genehmigt.

- Antrag A09: Die Geschäftsleitung schlägt vor, diesen abzulehnen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Abstimmung über den Gegenvorschlag der Geschäftsleitung zu Antrag A09: Der Gegenvorschlag wird angenommen.

Die Anträge A10, A11, A12 und A14 welche von der Geschäftsleitung genehmigt wurden, gelten ohne Abstimmung als angenommen. Marcel Wüthrich (BE) beantragt eine Abstimmung zu Antrag A13.

Abstimmung über Antrag A13: Er wird angenommen.

- Antrag A15: Julia Küng (JG, ZG) hält am Antrag der JG mit Frist 2023 fest.

Abstimmung über Antrag A15: angenommen mit 64 Ja-Stimmen bei 48 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen.

Die Anträge A16 bis A22 wurden von der Geschäftsleitung genehmigt und gelten ohne Abstimmung als angenommen. Kaj Klaue (TI) bemerkt eine Korrektur, welche in der französischen Version von A15 und A16 vorzunehmen ist: Es ist die Einschreibung neuer Fahrzeuge, welche nicht mehr möglich ist. Dies wird vermerkt.

- Antrag A23: Die Verfasser*innen (JG) sind mit dem Gegenvorschlag der Geschäftsleitung einverstanden, somit ist dieser angenommen.

Die Anträge A24 bis A28 wurden von der Geschäftsleitung genehmigt und gelten ohne Abstimmung als angenommen.

- Antrag A29: Reto Diener hält an seiner ursprünglichen Formulierung fest.

Abstimmung über den Antrag A29: Angenommen.

Der Antrag A30 wurde von der Geschäftsleitung angenommen und gilt ohne Abstimmung als angenommen.

- Antrag A31: Gegenvorschlag der Geschäftsleitung

Abstimmungen über den Antrag A31:
- Der Gegenvorschlag der Geschäftsleitung wird abgelehnt mit 65 Nein-Stimmen bei 52 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen.
- Antrag A31 von Luzius Theiler wird angenommen mit 52 Ja-Stimmen bei 46 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen (Abstimmung auf Anfrage von Daniel Wiener nach der Pause)

Die Anträge A32 bis A42, genehmigt von der Geschäftsleitung, gelten ohne Abstimmung als angenommen.

- Antrag A43: Die Geschäftsleitung schlägt vor, einen Satz hinzuzufügen, der Verfasser ist einverstanden. Marco Rudin (TI) beantragt, auch Wasserstoffbusse hinzuzufügen und nicht nur Elektrobusse. Die Geschäftsleitung ist einverstanden, es gibt keinen Antrag auf Abstimmung.

Die Anträge A44 bis A46 wurden von der Geschäftsleitung genehmigt und gelten ohne Abstimmung als angenommen.

- Antrag A47: Nach der Argumentation der JG (Oleg Gafner), ist die Geschäftsleitung einverstanden den ersten Satz anzunehmen aber nicht den zweiten. Abstimmungen:

Abstimmungen zu A47:

- Abstimmung zum 1. Satz mit Frist 2023: Dieser Satz wird angenommen.
- Abstimmung zum 2. Satz mit dem vollständigen Verbot ab 2030: Dieser Satz wird abgelehnt.

Der Antrag A48 wurde von der Geschäftsleitung genehmigt und gilt ohne Abstimmung als angenommen.

Der Antrag A49 wird von seinem Verfasser Christoph Studhalter (LU) zurückgezogen zugunsten von A50, welcher von den GRÜNEN BS umformuliert wird: *alternative* Baumaterialien wird durch *regionale natürliche* Baumaterialien ersetzt.

- Antrag A51: Denis Ruyschaert (GE) schlägt eine Änderung vor (entweder 100% regionale Produkte oder ein maximum von biologischen Produkten). Die Geschäftsleitung bleibt bei der ursprünglichen Formulierung.

Abstimmung über den A51 wie er im Dokument steht: er wird angenommen.

Die Anträge A52 bis A61, genehmigt von der Geschäftsleitung, gelten als angenommen ohne Abstimmung.

- Antrag A62: Die Verfasser*innen (JG) sind einverstanden mit dem Gegenvorschlag der Geschäftsleitung, welcher somit ohne Abstimmung als angenommen gilt.
- Pierre Eckert (GE) möchte gerne auf den Antrag A55 der GRÜNEN VS zurückkommen und eine Änderung der Formulierung vorschlagen, aber der Antrag wurde bereits angenommen.

Antrag A64: Die Geschäftsleitung schlägt vor, diesen abzulehnen, da der angenommene Antrag A14 bereits ein ausführliches Dokument zur nachhaltigen Finanzierung enthält.

Abstimmung zu Antrag A64: von der Mehrheit angenommen.

Die Anträge A65 bis A68 wurden von der Geschäftsleitung genehmigt und gelten ohne Abstimmung als angenommen.

Redaktionelle Anträge:

Delphine Klopfenstein schlägt vor, diese aus Zeitgründen nicht im Detail anzuschauen. Stattdessen soll signalisiert werden, falls es einen Einwand gibt. Ansonsten wird die Version der Geschäftsleitung angenommen.

Valentine Python (Nationalrätin VD) fragt nach einer Korrektur der Übersetzung des Antrags R01: Der Begriff «Klimawandel» sollte nicht mit «réchauffement climatique» übersetzt werden. Die Geschäftsleitung wird sich mit Valentine austauschen und die Verfasser*innen (VERTS BS) über die passende Formulierung informieren.

Eine Anpassung des Kapitels über die Adaption an den Klimawandel ist auf Anfrage von den GRÜNEN VD und Valentine Python bereits vorgesehen.

Zurück zum Spontanantrag von Dominik Waser (JG, ZH)

Vorgeschlagener Text z.Hd. der Delegiertenversammlung, welcher A01 und A02 ersetzt, welche zuvor abgelehnt wurden (*)

1. Die Schweiz soll im Jahr 2035 Netto-Null (Klimaneutralität) erreichen, wobei auch die importierten (grauen) Emissionen miteinberechnet werden. Letztere sollten soweit wie möglich reduziert und die verbleibenden Mengen kompensiert werden.

1. La Suisse doit d'ici 2035 atteindre la neutralité climatique à l'interne, y compris les émissions importées (grises). Ces dernières devraient être réduites au maximum et les émissions restantes compensées.

2. Bis 2030 soll die Schweiz Netto-Null erreichen, wobei 75% der Emissionen im Inland reduziert werden. Eine Kompensation der inländischen Emissionen im Ausland ist nicht möglich.

2. La Suisse doit atteindre zéro émissions nettes d'ici à 2030, les réductions se faisant à 75% dans le pays. Les compensations des émissions suisses à l'étranger n'est pas possible.

Präsentation von Dominik Waser, Diskussion und Abstimmung.

Abstimmung über den Spontanantrag von Dominik Waser: Antrag abgelehnt.

Abschliessende Abstimmung:

Schlussabstimmung über den Klimaplan in der geänderten Fassung: Er wird mit grosser Mehrheit angenommen.

Der Klimaplan ist somit von der Delegiertenversammlung angenommen.

SCHWERPUNKT « CYBERPOLITIK »

RESOLUTION

Rahel Estermann (Leiterin Politik GRÜNE Schweiz, Mitglied der Arbeitsgruppe Netzpolitik der GRÜNEN Schweiz) und Liliane Galley (Mitglied der Arbeitsgruppe Netzpolitik der GRÜNEN Schweiz) präsentieren die Resolution. Der digitale Wandel ist ein aktuelles Thema. Als Vorreiterin bei der politischen Positionierung zum Thema verabschiedeten die GRÜNEN 2012 eine erste Resolution, nun ist es Zeit für eine neue, den aktuellen Herausforderungen angepasste Resolution. Die digitale Transformation hat ein grosses Potenzial unser Leben ökologischer, sozialer und demokratischer zu gestalten. Der digitale Raum und seine Möglichkeiten bergen aber auch eine Reihe von Gefahren, auf die wir mit politischen Vorschlägen reagieren müssen. Als GRÜNE wollen wir, dass sich unsere Werte - Umweltschutz, Nachhaltigkeit, sozialer Zusammenhalt, Demokratie und Menschenrechte - auch im digitalen Raum widerspiegeln, der entsprechend gestaltet werden muss.

Der Entwurf wurde zur internen Konsultation in einer Online-Plattform verschickt. 32 Änderungsanträge und 14 ausführliche Kommentare ergänzen den ursprünglichen Entwurf, dessen Ergebnis das vorliegende Dokument ist. Es verbleiben sieben Änderungsanträge, vgl. beiliegendes Dokument. Die Vorgehensweise ist analog des Klimaplans.

Die Anträge 1 bis 4, die von der Geschäftsleitung akzeptiert wurden, gelten ohne Abstimmung als angenommen.

- Antrag 5: Die Geschäftsleitung schlägt einen Gegenvorschlag vor. Der Verfasser Martin Stohler (BS) stimmt dem Gegenvorschlag zu, allerdings mit zwei Ergänzungen: Im ersten Satz konkrete Beispiele für Kryptogeld in Klammern hinzufügen und im letzten Satz nicht nur Gesetze, sondern auch Staaten erwähnen. Die Geschäftsleitung stimmt zu.
Beat Hess (ZH) beantragt, einen Satz hinzuzufügen, der den Energieverbrauch dieses Kryptogeldes beschreibt. Die Geschäftsleitung stimmt zu.
Der so ergänzte Gegenvorschlag der Geschäftsleitung gilt ohne Abstimmung als angenommen.
- Antrag 6: Die GRÜNEN FR (Bettina Beer) sind mit dem Gegenvorschlag einverstanden, der daher ohne Abstimmung angenommen wird.
- Antrag 7: Von der Geschäftsleitung genehmigt und ohne Abstimmung angenommen.

Allgemeine Hinweise:

Ursula Schaffner (BE) erinnert daran, dass die analoge Welt nicht verschwindet, so dass die Ressourcen, die für beide Welten (die digitale und die analoge) benötigt werden, in unseren weiteren Überlegungen berücksichtigt werden müssen. Rahel Estermann nimmt dies zur Kenntnis.

Marcel Wüthrich möchte eventuell eine redaktionelle Änderung. Er wird gebeten, sich dazu an das Generalsekretariat zu wenden.

Schlussabstimmung über die Resolution:

Abstimmung über den Beschluss in der geänderten Fassung: mit grosser Mehrheit angenommen.

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN VOM 7. MÄRZ 2021

BUNDESGESETZ ÜBER ELEKTRONISCHE IDENTIFIZIERUNGSDIENSTE

Sibel Arslan (Nationalrätin BS und Mitglied der RK-N) stellt das Gesetz vor. Siehe Argumentarium.

Die Notwendigkeit ist unbestritten, eine elektronische Identifikation wird benötigt, aber sie muss vom Staat bereitgestellt und verwaltet werden. In diesem Gesetz würden es private Unternehmen sein, die diese zur Verfügung stellen. Diese Privatisierung wäre ein Eingeständnis des Unvermögens des Staates im elektronischen Bereich, als wäre er nicht in der Lage, diese Dienstleistung selber zu übernehmen. Das ist inakzeptabel. Der Staat muss die Kontrolle behalten und mit den entsprechenden Mitteln dafür ausgestattet werden, wie es in anderen Ländern auch der Fall ist.

Die Geschäftsleitung und die Fraktion empfehlen einstimmig ein Nein zum Gesetz.
Keine Wortmeldung.

Abstimmung über das Gesetz: Es wird einstimmig abgelehnt.

VOLKSINITIATIVE «JA ZUM VERHÜLLUNGSVERBOT»

Lisa Mazzone (Ständerätin GE, Vizepräsidentin der Fraktion) stellt die Initiative vor. Siehe Argumentarium.

Dieses Gesetz zielt eindeutig auf Frauen ab, die die Burka tragen. Es würde nur sehr wenige Menschen betreffen, 20 bis 30 von den ca. 400'000 Muslim*innen in der Schweiz. Dazu ist es nach dem derzeitigen Gesetz bereits möglich, eine Enthüllung anzuordnen, um eine Person zu identifizieren. Das Zwingen zum Tragen der Burka kann ebenfalls verurteilt werden. Das Argument des Schutzes von Frauen funktioniert daher nicht. Der Hintergrund der Islamophobie ist in dieser Initiative deutlich sichtbar. Sie schafft ein Problem, das nicht existiert, um zu Stigmatisieren und Angst und Hass zu schüren.

Die Geschäftsleitung und die Fraktion empfehlen einstimmig ein Nein zu dieser Initiative.
Keine Wortmeldung.

Abstimmung über die Initiative: Sie wird einstimmig abgelehnt.

BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE GENEHMIGUNG DES UMFASSENDEN WIRTSCHAFTS-PARTNERSCHAFTSABKOMMENS ZWISCHEN DEN EFTA-STAATEN UND INDONESIA

Die Delegiertenversammlung am 24. Oktober 2020 hat bereits gegen dieses Abkommen und damit für das Referendum gestimmt. Nicolas Walder (Vizepräsident der GRÜNEN Schweiz, Nationalrat GE) erinnert an einige Argumente für die Kampagne, vor allem an die Themen Nachhaltigkeit und Menschenrechte, die im Abkommen kaum erwähnt werden, unverbindlich sind und vom Streitschlichtungsmechanismus ausgeschlossen sind, sowie an die Probleme der Zertifizierung und des geistigen Eigentums. Darüber hinaus würde die Annahme dieses Abkommens in dieser Form die Tür öffnen für weitere Abkommen, die in dieselbe Richtung gehen.

INFORMATIONEN AUS DER FRAKTION UND STATUARISCHES

Aus Zeitgründen werden diese Punkte nicht an der Delegiertenversammlung behandelt.

DIVERSES

Der Dank geht an Séverine Vitali und Nicole Stoll für die Simultanübersetzung, an die Firma Graber für die Technik, an die Referent*innen, an das Sekretariat der GRÜNEN Schweiz für die Organisation und an alle Teilnehmer*innen.

Die Delegiertenversammlung wird aufgefordert, für die Abstimmungen am 7. März 2021 und die in einigen Kantonen am gleichen Tag stattfindenden Wahlen zu mobilisieren.

Sonstiges:

Julia Küng (JG): Die GRÜNEN sind eine feministische Partei, die sich für Gleichberechtigung einsetzt. Julia Küng hat die Redezeit von Männern und Frauen während der Versammlung gemessen und die Ergebnisse sind leider sehr unausgewogen. Sie fordert die Geschäftsleitung zu einem besseren Monitoring auf und die Teilnehmer*innen, die Gleichstellung in den Versammlungen besser in die Praxis umzusetzen. Balthasar Glättli teilt diese Ansicht und nimmt sie für die Geschäftsleitung zur Kenntnis.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 27. März 2021 wiederum online statt.

Ende der Sitzung um ca. 16.15 Uhr.

Februar 2021 Bern, Sylvie Ricci, übersetzt von Annalou Baumann und Maja Haus im März 2021